



EUROPA
INTEGRATION
ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM
REPUBLIK ÖSTERREICH

**King Abdullah Bin Abdulaziz International Centre
for Interreligious and Intercultural Dialogue**

**Bericht des Bundesministeriums
für Europa, Integration und Äußeres**

Wien, Jänner 2015

1. Einleitung

In Entsprechung eines Ersuchens des Herrn Bundeskanzlers beehrt sich das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres einen Bericht über das Internationale König Abdullah bin Abdulaziz Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog mit Sitz in Wien (KAICIID, im Weiteren: das Zentrum) zu übermitteln.

Das Zentrum sieht sich gegenwärtig starker öffentlicher Kritik in Österreich ausgesetzt, insbesondere hinsichtlich der Erfüllung der im Gründungsübereinkommen verankerten Ziele und Tätigkeiten. Angesichts dieser Kritik, die insbesondere auch vom Herrn Bundeskanzler vorgebracht wurde, stellt sich die Frage, ob und in welcher Form die Fortsetzung der österreichischen Mitwirkung an dem Zentrum erfolgen kann.

Dieser Bericht enthält einen Überblick über die Entstehung, Organisation und Tätigkeit des Zentrums, sowie Handlungsoptionen in Bezug auf die Fortsetzung bzw. Beendigung der österreichischen Mitwirkung in dem Zentrum.

2. Entstehung

Am 6. November 2007 fand ein Treffen von Papst Benedikt XVI. und dem saudischen König Abdullah bin Abdulaziz im Vatikan statt. Anlässlich dieses Treffens stellte König Abdullah die Idee eines Dialogzentrums vor, die von Seiten des Vatikans positiv aufgenommen wurde. Die Idee eines solchen Zentrums wurde in weiterer Folge im Juli 2008 in Madrid im Rahmen einer internationalen Dialogkonferenz weiter diskutiert und auch in der Generalversammlung der Vereinten Nationen behandelt. Im Juli 2009 fand schließlich in Wien die Weltdialogkonferenz statt. Bei dieser Konferenz wurde eine „steering group“ für die Errichtung eines Internationalen Dialogzentrums eingerichtet.

Von Seiten der österreichischen Bundesregierung wurde beschlossen, eine Delegation für offizielle Verhandlungen zu nominieren. Deren Nominierung erfolgte durch einen einstimmigen Ministerratsbeschluss am 23. November 2010. Die Verhandlungen fanden ab November 2010 in regelmäßigen Abständen statt und wurden im September 2011 abgeschlossen. Im selben Monat konnte auch von den drei Verhandlungspartnern eine

Einigung über einen Vertragstext mit Vertretern des Heiligen Stuhls in Rom erzielt werden, wodurch es dem Heiligen Stuhl ermöglicht wurde, als Beobachter an den Arbeiten des Zentrums teilzunehmen.

Auf Grundlage des einstimmigen Beschlusses des Ministerrates vom 4. Oktober 2011 wurde unter der Bundesregierung Faymann I (2008-2013) das Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen König Abdullah bin Abdulaziz Zentrums für interreligiösen und interkulturellen Dialog (im Weiteren: Gründungsübereinkommen) am 13. Oktober 2011 von Spanien, Saudi Arabien und Österreich unterzeichnet.

Das Gründungsübereinkommen wurde auf Grundlage eines einstimmigen Beschlusses des Ministerrates vom 11. April 2012 und vom Bundespräsidenten nach parlamentarischer Genehmigung mit Zustimmung der Regierungsparteien ratifiziert.

Das Übereinkommen trat gemäß seinem Art. XV Abs. 1 mit 21. Oktober 2012 in Kraft nach Hinterlegung der entsprechenden Urkunde durch Saudi-Arabien am 22. Juni 2012, durch Österreich am 17. August 2012 und durch Spanien am 22. August 2012 (BGBl. III Nr. 134/2012).

Über die Gründungsmitglieder Österreich, Spanien und Saudi-Arabien hinaus steht das Zentrum dem Beitritt weiterer Staaten und internationaler Organisationen offen.

Auf Basis des Gründungsübereinkommens wurde mit dem Zentrum ein Abkommen über den Sitz des Zentrums in Österreich (im Weiteren: Amtssitzabkommen) verhandelt. Die Genehmigung zur Unterzeichnung des Abkommens erfolgte durch einstimmigen Beschluss des Ministerrats vom 11. Dezember 2012 und erfolgte am 18. Dezember 2012. Auf Grundlage eines einstimmigen Beschlusses des Ministerrats vom 23. April 2013 und nach parlamentarischer Genehmigung wurde das Abkommen vom Bundespräsidenten ratifiziert. Es ist am 1. September 2013 in Kraft getreten.

Die im Amtssitzabkommen vorgesehenen Regelungen entsprechen denen, wie sie mit vergleichbaren internationalen Organisationen, etwa dem Joint Vienna Institute (BGBl. III Nr. 187/1997), dem Internationalen Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (BGBl. III Nr. 145/2000), der Energiegemeinschaft (BGBl. III Nr. 87/2007) oder der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (BGBl. III Nr. 22/2011) vereinbart wurden.

Das Zentrum wurde am 26. November 2012 eröffnet. An der Eröffnung nahmen Vertreter der drei Gründungsstaaten (neben Außenminister Michael Spindelegger der spanische Außenminister José Manuel García-Margallo und der saudische Außenminister Prinz Saud Al Faisal), der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon sowie zahlreiche Religionsvertreterinnen und Religionsvertreter teil, wie der Präsident des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog Jean-Louis Kardinal Tauran, der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel Bartholomäus I., Oberrabbiner Mark Goldsmith und der Erzbischof von Madrid Antonio Maria Kardinal Rouco Varela.

Die politische und menschenrechtliche Situation in den Vertragsstaaten, insbesondere auch in Saudi Arabien, war sowohl zum Zeitpunkt der Abschlüsse des Gründungsübereinkommens und des Amtssitzabkommens als auch zum Zeitpunkt der Eröffnung des KAICIID bekannt und nicht anders als heute. Auch das Engagement des Vatikans im Dialogzentrum, der – erstmals – als Gründungsmitglied mit Beobachterstatus in einer Internationalen Organisation auftritt, ist bis heute unverändert.

3. Organe des Zentrums und deren aktuelle Zusammensetzung

Rat der Vertragsparteien

Dieser setzt sich aus Staatenvertretern von Österreich, Spanien und Saudi-Arabien zusammen. Beim ersten Treffen des Rates der Vertragsparteien am 31. Oktober 2012 in Wien wurde dem Heiligen Stuhl der Beobachterstatus formal zuerkannt.

Direktorium

Die bis zu 12 Mitglieder des Direktoriums werden einstimmig für vier Jahre vom Rat der Vertragsparteien gewählt.

Beim ersten Treffen des Rates der Vertragsparteien im Oktober 2012 wurden gem. Art. V Abs. 2 lit. a iVm Abs. 4 neun religiöse Funktionsträger einstimmig zu Mitgliedern des Direktoriums gewählt. (s. Kurzbeschreibung der Direktoriumsmitglieder im Anhang). Das Direktorium des Zentrums setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der fünf Weltreligionen – Judentum, Christentum, Islam, Hinduismus, Buddhismus – zusammen. Auch andere Glaubensrichtungen sind dazu eingeladen, sich zu beteiligen.

Mitglieder des Direktoriums:

- Swami AGNIVESH, President of World Council of Arya Samaj
- Dr. Hamad Abdullah AL-MAJID, Vorsitzender des Kuratoriums des British Muslims' Heritage Centre
- Pater Miguel AYUSO GUIXOT, Päpstlicher Rat für den Interreligiösen Dialog (Vatikan)
- Seine Eminenz Metropolit EMMANUEL (Adamakis), Exarch des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel
- Dr. Sayyed MOHAJERANI, Religionswissenschaftler und Autor
- Reverend Kosho NIWANO, Designierte Präsidentin von Rissho Kosei-kai (Gesellschaft für Aufrichtung von Recht und mitmenschlichen Beziehungen)

- Oberrabbiner David ROSEN, Internationaler Direktor für Interreligiöse Angelegenheiten des American Jewish Committee (AJC)
- Mohammad as-SAMMAK, Generalsekretär des libanesischen Nationalen Komitees für christlich-muslimischen Dialog
- Bischof Dr. Toby HOWARTH, Sekretär für Interreligiöse Angelegenheiten, Church of England (designierter Nachfolger: Rev. Mark POULSON, Secretary for Inter Religious Affairs to the Archbishop of Canterbury)

Beirat

Das Direktorium kann durch ein beratendes Forum, bestehend aus bis zu 100 Personen unterstützt werden. Die Arbeiten an der Konstituierung des Beirats sind derzeit im Gange. Ziel ist es, weitere Expertinnen und Experten aus dem Bereich des interreligiösen und interkulturellen Dialogs für dieses Gremium zu gewinnen. Gemäß den jetzigen Planungen ist mit einer Konstituierung im ersten Halbjahr 2015 zu rechnen.

Sekretariat

Das Sekretariat unterstützt die anderen Organe des Zentrums bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten und Aufgaben und wird von einem für das Tagesgeschäft des Zentrums verantwortlichen Generalsekretär geleitet. Seit 31. Oktober 2012 ist Faisal Bin Abdulrahman Bin Muaammar Generalsekretär. Der Posten des Stellvertretenden Generalsekretärs ist seit dem Rücktritt von Mag. Claudia Bandion-Ortner vakant.

Das Sekretariat verfügt über einen Personalstand von 45 Personen, davon die Hälfte weiblich, aus 19 Ländern und verschiedenster religiöser Zugehörigkeit (<http://www.kaiciid.org/en/the-centre/secretariat/>).

4. Tätigkeit des Zentrums

Gemäß der Bestimmungen des Gründungsübereinkommens soll mit der Errichtung des Zentrums dem Dialog von Vertreterinnen und Vertretern von Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen eine dauerhafte Plattform gegeben werden. In Art II des Gründungsübereinkommens ist unter anderem ausdrücklich festgehalten, dass das Zentrum das Ziel verfolgt, den interreligiösen und interkulturellen Dialog zu stärken und einem Missbrauch der Religion zur Rechtfertigung für Unterdrückung, Gewalt und Konflikte entgegenzuwirken.

Das Zentrum sieht sich dabei der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und der Förderung und Einhaltung der Grund- und Freiheitsrechte verpflichtet. Die Strukturen des Zentrums sind dabei so angelegt, dass keine der vertretenen Religionen dominiert oder ihre Sichtweise durchsetzen kann.

Das Zentrum strebt die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Expertinnen und Experten an. Durch Konferenzen, Seminare und Fortbildungsprojekte sollen Kommunikation, Verständigung, aber auch konkrete Kooperationen zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller und religiöser Zugehörigkeit entstehen bzw. unterstützt werden.

4.1. Arbeitsbereiche – Überblick

Auf Basis der in Art II Abs. 1 des Gründungsübereinkommens formulierten Ziele und Tätigkeiten wurden seit Bestehen des Zentrums neun Arbeitsbereiche geschaffen und in diesen unterschiedliche Programme und Projekte gestartet. Die Arbeitsbereiche im Überblick:

- 1) **Image of the Other: Education:** Abhaltung von 4 Regionalkonferenzen und eine Großkonferenz im November 2013 in Wien.
- 2) **KAICIID Media Programme:** Zur Rolle von Medien im interreligiösen Dialog, Entwicklung von zwei Ausbildungsprogrammen (“Media Wise: Empowering Responsible Religious Leadership in the Digital Age“, „Speak Up: Social Media and Communications Training for Interreligious Dialogue Practitioners“).

- 3) **Peacebuilding**: Fokus auf christlich-islamischen Dialog; Dialogintervention in der Zentralafrikanischen Republik.
- 4) **Voices of Dialogue**: Vortragsreihe im KAICIID.
- 5) **Multi-religious Collaboration for the Common Good**: Kooperation mit der NGO „Religions for Peace“.
- 6) **KAICIID International Fellows Programme (KIFP)**: Studentenprogramm für interreligiösen Dialog.
- 7) **Peace Mapping**: Entwicklung einer interaktiven webbasierten Karte über religiöse Konflikte, in Kooperation mit dem International Peace Institute (IPI) Wien.
- 8) **Capacity Building**: Kooperation mit interessierten internationalen Partnern, etwa in Form von online Kursen.
- 9) **Dialogue beyond Dialogue**: Einrichtung einer Studiengruppe über die Erforschung von Dialogstrukturen und best practices. Erstellung von wissenschaftlichen Publikationen.

Weiterführende Informationen zu den einzelnen Arbeitsbereichen finden sich auf der Homepage des Zentrums (<http://www.kaiciid.org/en/the-centre/>).

4.2. Arbeitsprogramm 2014/15

Der Rat der Vertragsparteien hat das Arbeitsprogramm 2014/15 am 3. März 2014 beschlossen.

Die dabei vereinbarten Projekte zielen schwerpunktmäßig darauf ab, durch konkrete Maßnahmen religiöse Vielfalt im Nahen Osten zu erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen setzt das Zentrum auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen. Dazu wurden vom Zentrum mehrere Memoranda of Understanding abgeschlossen.

Bislang vereinbarte Kooperationen:

- UNDP (United Development Nations Programme)
- VN-Sonderbeauftragter für die Verhinderung von Genozid
- VN-Sonderbeauftragter für Jugend
- UNESCO

Darüber hinaus arbeitet das Zentrum derzeit an einer Kooperation mit der Afrikanischen Union und dem Patriarchen von Alexandria (See of St. Mark).

Der zweite Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit mit religiösen Würdenträgern und Jugendvertretern und Jugendvertreterinnen, die sich in ihren jeweiligen Heimatregionen um den Schutz vor Gewalt bemühen. Dazu wurde ein Fellows Programm für religiöse Würdenträger und Seelsorger der Weltreligionen im November 2014 gestartet. Das Programm zielt darauf ab, eine neue Generation von Seelsorgern zu fördern. Durch die Vermittlung von Fachwissen sollen sie sich in ihren unterschiedlichen Heimatregionen für die Werte des friedlichen Zusammenlebens, des Dialogs und der Friedensarbeit aktiv einsetzen können. Die erste Phase des Programms soll bis zum Herbst 2015 abgeschlossen werden.

4.3. Projekte 2012 – 2014 (Auswahl)

Das Zentrum hat seit seiner Gründung im Einklang mit Art II Abs. 2 des Gründungsübereinkommens unterschiedliche Aktivitäten im Bereich des interreligiösen und interkulturellen Dialogs gesetzt. Neben Workshops und Vorträgen wurden mehrere Veranstaltungen durchgeführt, wie etwa: Konferenz zum Thema "The Image of the Other" (22. Mai 2013), Veranstaltung mit den Begründern des Interkonfessionellen Mediationszentrums von Nigeria (13. März 2014), Peacebuilding in der Zentralafrikanischen Republik (9. Mai 2014), Stärkung der gemeinsamen Staatsangehörigkeit von Christen und Muslimen in der Arabischen Welt (20.-21. Juni 2014).

Trotz dieser Konferenzen und Projekte wurden jedoch nur wenige Aktivitäten einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert. Eine Ausnahme stellt die Konferenz "United Against Violence in the Name of Religion" vom 18.-19. November 2014 dar, in der u.a. christliche und muslimische Religionsführer in einer gemeinsamen Erklärung ISIS und die Gewalt im Irak und in Syrien verurteilen (s. Erklärungstext im Anhang).

5. Finanzen und Rechnungsprüfung

Die finanziellen Mittel des Zentrums umfassen laut Gründungsübereinkommen freiwillige Beiträge der Vertragsparteien und Beobachter, Beiträge und Spenden aus anderen angemessenen Quellen und sonstige Einnahmen, die sich *inter alia* aus den Beiträgen ergeben. Derzeit wird nur von Saudi Arabien ein solcher freiwilliger Beitrag zur Finanzierung geleistet. Die Republik Österreich leistet keinen finanziellen Beitrag zu dem Zentrum.

Die Beiträge und freiwilligen Zuwendungen werden in den eigens eingerichteten Fonds des Zentrums einbezahlt.

Darüber hinaus ist keine Vertragspartei verpflichtet, eine über eine allfällige Beitragszusage an das Zentrum hinausgehende finanzielle Unterstützung zu leisten. Auch haften die Vertragsparteien nicht, weder einzeln noch gemeinsam, für Schulden, Verbindlichkeiten oder andere Verpflichtungen des Zentrums. Die Verantwortung für den Budgetvollzug liegt beim Generalsekretär welcher dem Rat der Vertragsparteien rechenschaftspflichtig ist.

Für jedes Finanzjahr entwirft der Generalsekretär in Zusammenarbeit mit dem Direktorium ein Arbeitsprogramm und ein Budget (in Euro), welches in weiterer Folge vom Rat der Vertragsparteien erörtert und beschlossen wird. Das ursprüngliche Budget kann im Wege von Nachtragsbudgets den konkreten Anforderungen der laufenden Programme angepasst werden, wobei diese denselben Beschlussregeln unterliegen.

Die Konten des Zentrums und seine finanziellen Angelegenheiten sind Gegenstand einer jährlichen unabhängigen externen Rechnungsprüfung nach internationalen Finanzstandards und Vorschriften. In der Sitzung der Vertragsparteien am 29. Jänner 2013 wurde die PwC Wirtschaftsprüfung GmbH mit der Prüfung der Bilanzen betraut. Im Finanzbericht für das Finanzjahr 2013/14 hält der Rechnungsprüfer fest, dass die Finanzgebarung des Zentrums fair, in allen materiellen Aspekten korrekt und in seiner Gebarung für das Finanzjahr im Einklang mit den festgelegten Finanzregeln ist und den vereinbarten Buchhaltungsregeln entspricht.

6. Handlungsoptionen Österreichs im Lichte der geäußerten Kritik

Die Erfahrung der zwei Jahre des Bestehens des Zentrums haben jedoch gezeigt, dass seine Struktur und Arbeitsweise sowie seine Kommunikationspolitik Mängel aufweisen. So war es dem Zentrum aufgrund seines beschränkten Mandates bis zuletzt nicht möglich, konkrete Verletzungen der Religions- und Gewissensfreiheit aufzuzeigen und zu verurteilen.

Eine tiefgreifende Reform und Neuaufstellung des Zentrums wäre daher unerlässlich. Dies würde lange und intensive Verhandlungen mit den anderen Vertragsparteien unter Beiziehung der vertretenen Religionsgemeinschaften sowie auch eine Änderung des Gründungsübereinkommens erfordern. Das Ergebnis dieser Verhandlungen müsste anschließend einer parlamentarischen Genehmigung unterzogen werden.

Eine sofortige „Schließung“ des Zentrums oder ein einseitig erzwungener Abzug aus Wien wäre nur unter Missachtung der völkerrechtlichen Verträge möglich, da Österreich durch das Gründungsübereinkommen und das Amtssitzabkommen gebunden ist. Ein solches Vorgehen würde einen Rechtsbruch darstellen und wäre unvereinbar mit dem internationalen Engagement Österreichs für Rechtsstaatlichkeit.

Mit Blick auf die aktuelle Debatte bestehen daher für Österreich zwei Handlungsoptionen.

6.1. Option 1 - Beibehaltung des Zentrums mit der Zielsetzung einer umfassenden Reform und Neuaufstellung

Die Vertragsparteien des Zentrums vereinbarten eine grundlegende Neuaufstellung des Zentrums. Darunter zu verstehen sind Maßnahmen, die geeignet erscheinen, die vorgebrachte Kritik zu entkräften und das Vertrauen in die Tätigkeit des Zentrums wiederherzustellen und zu stärken.

Ein solches Maßnahmenpaket sollte folgende Punkte umfassen:

- Erweiterung des Kreises der Vertragsparteien.

- Breitere finanzielle Aufstellung, die eine finanzielle Abhängigkeit von einzelnen Vertragsparteien ausschließt.
- Stärkeres Auftreten bei Menschenrechtsverletzungen mit religiösem Zusammenhang.
- Mehr Öffentlichkeit und Transparenz bei der Tätigkeit und Neugestaltung des Außenauftritts des Zentrums.
- Personelle Verbreiterung und Formulierung eines genauen Arbeitsauftrags an das Generalsekretariat.

Eine substantielle Reform, die einer Änderung des Gründungsübereinkommens bedarf, müsste denselben Weg nehmen wie die Errichtung des KAICIID: Konsultationen mit den Vertragsparteien – Ministerratsbeschluss – Genehmigung durch das Parlament – Bevollmächtigung durch den Bundespräsidenten.

6.2. Option 2 – Austritt Österreichs aus dem Zentrum und Abzug aus Wien

Gemäß Artikel XVIII Abs. 1 des Gründungsübereinkommens kann Österreich vom Gründungsübereinkommen durch schriftliche Mitteilung an den Depositär zurücktreten. Der Rücktritt wird drei Monate nach Erhalt der diesbezüglichen Mitteilung durch den Depositär wirksam. Österreich wäre dadurch nicht mehr Vertragspartei des Zentrums.

Gemäß Art. 23 Abs. 4 des Amtssitzabkommens kann Österreich dieses durch eine schriftliche Mitteilung kündigen. Das Abkommen tritt sechs Monate nach dem Erhalt einer solchen Mitteilung außer Kraft. Eine Begründung für eine Kündigung ist rechtlich nicht erforderlich.

Unter der Voraussetzung, dass die verbleibenden Vertragsparteien die Tätigkeit des Zentrums fortsetzen wollen, sollte ihnen genug Zeit gegeben werden, um die Frage eines neuen Sitzes zu klären und entsprechende logistische und rechtliche Voraussetzungen dafür zu schaffen (Unterbringung, Personal, neues Amtssitzabkommen, etc.).

Die Kündigung eines Staatsvertrages bzw. der Rücktritt hat verfassungsrechtlich nach demselben Verfahren zu erfolgen wie der Abschluss (*contrarius actus*). Es bedarf eines einstimmigen Beschlusses der Bundesregierung und danach einer Genehmigung durch das Parlament. Darauf aufbauend muss die Bundesregierung an den Herrn Bundespräsidenten einen Vorschlag vorlegen, der dann zur Abgabe der Kündigungs- bzw. Rücktrittserklärung ermächtigt (Unterzeichnung der Ermächtigung durch den Bundespräsidenten und Gegenzeichnung durch den Bundeskanzler).

7. Potentielle Auswirkungen

Seit den 1970er Jahren hat sich Österreich beginnend unter Bundeskanzler Kreisky aktiv für nachhaltige Beziehungen mit der arabischen Welt eingesetzt. Das hat Österreich ein besonderes Ansehen in der Region gesichert. So konnte auch der Amtssitz Wien auf die Unterstützung der arabischen Länder zählen. Österreich könnte nicht nur in seinen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in der Region mit konkreten Auswirkungen konfrontiert sein, sondern auch als Amtssitz internationaler Organisationen.

Eine tiefgreifende Neuaufstellung des Zentrums würde lange und intensive Verhandlungen mit den anderen Vertragsparteien unter Beiziehung der vertretenen Religionsgemeinschaften sowie eine Änderung des Gründungsübereinkommens voraussetzen. Ob angesichts der starken öffentlichen Kritik in Österreich an der Tätigkeit des Zentrums eine Reform im Sinne der oben formulierten Punkte erzielbar ist, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzbar. Das Ergebnis solcher Verhandlungen müsste anschließend jedenfalls einer parlamentarischen Genehmigung unterzogen werden.

Ein Rücktritt vom Gründungsübereinkommen oder eine Kündigung des Amtssitzabkommens ohne ausreichende Einbindung der anderen Vertragsparteien wäre ein ernstzunehmender Präzedenzfall in Bezug auf den Sitz internationaler Organisationen in Österreich. Er könnte nicht nur die Beziehungen zu Spanien und Saudi Arabien belasten, sondern auch Österreichs Ruf als verlässlicher Sitzstaat für internationale Organisationen und als Plattform für den Dialog der Kulturen und Religionen nachhaltig beschädigen. Eine Auflösung des Zentrums würde zudem die Menschenrechtssituation in Saudi Arabien nicht ändern.

Dem österreichischen Botschafter in Saudi Arabien wurden bereits mögliche Konsequenzen in Aussicht gestellt. Auch Auswirkungen auf andere internationale Organisationen, die ihren Sitz in Österreich haben, sind nicht ausgeschlossen. Ein Abzug etwa der OPEC oder des OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung (OFID) würde den Amtssitz Wien schädigen und hätte erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen.

Zudem könnten auch wirtschaftspolitische Konsequenzen beim größten Handelspartner Österreichs in der Region eintreten. Einige österreichische Unternehmen sind am

saudischen Markt stark präsent bzw. stehen derzeit knapp davor, in diesem Markt Fuß zu fassen (etwa im Infrastrukturbereich oder bei der Lieferung von Spezialfahrzeugen). Eine negative politische Stimmungslage könnte diese österreichischen Unternehmen unmittelbar treffen.

Österreich hat sich schließlich international den Ruf eines Landes erarbeitet, in dem unterschiedliche Religionen friktionsfrei zusammenleben und auch ihre Religion frei ausüben können. Zahlreiche interreligiöse und interkulturelle Initiativen haben von hier ausgehend ihren Anfang genommen. Es sollte vermieden werden, dass dieser Ruf Österreichs gerade in Zeiten, in denen Dialog dringender denn je notwendig ist, nachhaltig Schaden nimmt.

8. Anhang

KAICIID - Liste der Mitglieder des Direktoriums (19/01/2015)



Swami AGNIVESH
President of World Council of Arya Samaj

ist Begründer des Parliament of All Faiths und ehemaliger Bildungsminister von Haryana (1979).



Dr. Hamad Abdullah AL-MAJID
Vorsitzender des Kuratoriums des British Muslims' Heritage Centre

Dr. Hamad AL-MAJID ist ein saudischer Journalist. Al-Majid graduierte an der Imam Muhammad Bin Saud Islamic University in Riad und erwarb einen akademischen Mastertitel in Kalifornien sowie einen Dokortitel an der University of Hull im Vereinigten Königreich.



Pater Miguel AYUSO GUIXOT
Päpstlicher Rat für den Interreligiösen Dialog (Vatikan)

Nach dem Abschluss des Claret Colleges in seiner Heimatstadt studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Sevilla. Danach trat er dem katholischen Institut der Comboni Missionare bei. Nach einem Studium der Philosophie und Theologie, wurde er am 20. September 1980 zum Priester geweiht.



Seine Eminenz Metropolit Emmanuel (Adamakis)
Exarch des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel

Metropolit Emmanuel ist der derzeitige Primas der Griechisch-Orthodoxen Metropolie in Frankreich (eine Diözese der Kirche von Konstantinopel) mit Sitz in Paris. Er ist auch Repräsentant des Ökumenischen Patriarchats bei der Europäischen Union.



Bischof Dr. Toby HOWARTH
Sekretär für Interreligiöse Angelegenheiten, Church of England

Toby HOWARTH ist anglikanischer Bischof von Bradford in der Diözese West Yorkshire und Dale. Ebenso ist er Berater des Bischofs von Birmingham für interreligiöse Angelegenheiten. Er ist weiters in der Verwaltung des "Netzwerks für interreligiöse Angelegenheiten" der anglikanischen Kirche tätig.



Dr. Sayyed MOHAJERANI
Religionswissenschaftler und Autor

Sayyed Mohajerani ist iranischer Historiker, Politiker, Journalist und Autor und erhielt seinen B.S. von der Shiraz Universität und seinen PhD von der Tarbiat Modares Universität. Iranischer Kulturminister im Kabinett von Präsident Khatami (bis 2000).



The Reverend Koshi NIWANO
Designierte Präsidentin von Rissho Kosei-kai

Die buddhistische Priesterin Koshi Niwano ist designierte Präsidentin von Rissho Kosei-kai. Sie ist die Enkeltochter des Gründers Nikkyo Niwano und erste Tochter des Präsidenten Nichiko Niwano.



Oberrabbiner David ROSEN
Internationaler Direktor für Interreligiöse Angelegenheiten des American Jewish Committee (AJC)

Oberrabbiner David Rosen ist der Internationale Direktor für Interreligiöse Angelegenheiten des AJC sowie des Heilbrunner Instituts für Internationale Interreligiöse Verständigung. Er arbeitet in Israel und in den USA.



Mohammad SAMMAK
Generalsekretär des Nationalen Komitees für christlich-
muslimischen Dialog

MOHAMMED as-SAMMAK (Sunni) ist Generalsekretär des libanesischen muslimisch-christlichen Dialogkomitees.

**„Vienna Declaration, United Against Violence in the Name of Religion
November 19, 2014**

Under the auspices of the King Abdullah Bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue, high-level representatives of the major world religious and social institutions have gathered to agree on programs and initiatives that contribute to strengthening the unity against violence in the name of religion to support religious and cultural diversity in Iraq and Syria.

Because the multi-religious nature, KAICIID and its diverse board is an example for commitment to preserving religious and cultural diversity, and unequivocally reject all forms of violent actions, especially the ones that are committed in the name of religion. The center strives to foster dialogue and to strengthen the foundations of citizenship. KAICIID desires to enhance the spirit of moderation, and to establish purposeful and sincere dialogue founded upon the principles of coexistence, mutual understanding and cooperation.

Although conflicts in the world over the past two decades in various regions have caused tremendous grief for us, we recognize that the ramifications of this current conflict have dangerously expanded and targeted the followers of every religion—Muslims, Christians and others. We unanimously denounce these destructive actions wherever they may occur. We especially condemn the harrowing and treacherous events that have recently occurred in the Middle East, particularly in Iraq and Syria.

We reject violence in all its forms especially the violence perpetuated in the name of religion because we believe escalating violence and destruction ultimately destroy the entire foundation for social cohesion. In the wake of such losses, there have been hundreds of thousands of casualties—innocent men, women, and children—as well as millions of refugees who have fled or have been forcefully uprooted, exposed to injustice, and driven from their homes. The homelands left behind are scarred, as well, because communities are fragmented by violence and war.

As leaders of various religious and faith traditions, we must oppose persecution inflicted on all the components of the social fabric especially Christians, Yazidis and other religious and ethnic groups such as Turkmen and Shabak in Iraq and Syria. Persecution of people, violating their sanctity as the case of Yazidi women and enslaving the people are ways contrary to every human conscience. Persecution and execution of people who exercise their basic human right to worship as they choose contradict noble religious ideals, as well as tear the fabric of civilization, nullifying past humanitarian gains. The effort of many religious leaders over the years to establish a shared ethic of peaceful coexistence between all the segments of the Iraqi and Syrian societies, Christians, Muslims, Yazidis, Turkmen and Shabak.

And, because of the exposition of Islam’s teachings, the Muslims’ values, and civilizational role to a mutilation by extremist groups, which manipulate religion in the service of justifying its killing and destruction against Muslims and others and destructing conducts by harming the innocents, defiling states and their sovereignty, demolishing religious shrines and worshipping places, and imposing hegemonic rules and laws over citizens.

These actions which stem from strange ideas that are totally incompatible with our cultures and history, contrast with the genuine Islamic teachings, and destroy the connections, not just between the followers of diverse religions, but also among the followers of the same faith.

Clearly, the region is in a fragile period of history, and the international and regional complexities of these circumstances are not easily understood, nor solved. Perhaps, the first step is to listen to the appeal of the displaced, the orphans, the widows, and the bereaved. We have gathered today as religious authorities from the Arab countries and the world, in the presence of high level governmental, intergovernmental, and civil society officials to affirm the common bond of the right of every human to follow one's own faith without fear of death or destruction. We raise a joint plea to the powerful and almighty God to strengthen us to shoulder our responsibility at this moment in history. In the shadow of these difficult circumstances, we remain sincere in our convictions, true to our religious teachings and mindful of our humanitarian values.

We gather together to listen to each other, and to think together about possibilities for cooperation to transform the crisis. It is through dialogue and the strengthening of our mutual values of citizenship, that the windows of hope and aspiration will be opened. We must tear down the barriers of fear, holding grudges and injustice, which divide people and eliminate their dreams and hopes of peace.

We gather together to declare in a unanimous voice, and to abide by the following principles and initiatives:

1. The Principles:

1- We commit ourselves to adopt dialogue as the primary and most potent for resolving conflicts and disagreements, and to support initiatives and institutions that consider dialogue the best method for constructing national peace, coexistence and promotion of common citizenship.

2- We explicitly and completely condemn the serious violation of human rights in Iraq and Syria. We share the indignation of those who have suffer these grave injustices and arbitrary abuse. Regardless a person's chosen religious tradition, they are entitled to be treated humanely and with dignity. Unchecked mass murder and bloody conflict are correctly categorized as crimes against humanity. We also reject and denounce supporting or sponsoring terrorism. We appeal to the world's leaders and governments, the League of Arab States, the Conference of Islamic Cooperation and the UN Security Council to intervene with the appropriate methods to stop these crimes and to end the conflicts that are destructive to people and to civilization alike. Nothing justifies violating civilians or threatening their lives and livelihood.

3- We declare our solidarity with all who are oppressed due to these events, especially those who have been uprooted and displaced from their homes and homelands. We call upon relevant political powers and international community to spare no effort to restore these people to their cities and villages, and to return their houses and normal living conditions. Further, we call upon all countries who are involved in some way with this

struggle, together with the international community and its international organizations to find a rapid and appropriate solution to the issue of refugees in Iraq and Syria. We call upon the world to help countries in which the current situation is threatening stability and creating a crisis in securing the necessary resources for the entire population to survive.

4- Together we repudiate all exploitation of religion in political conflict and the usurpation of religious symbols by extremists used as a means for segregation and a cause for injustice and oppression. At every official spiritual and public level, we reject the fractured teaching and defamation of values within Islam, especially by those who claim Islamic ruler-ship in Iraq and Syria and their followers. We invite all people of faith and good will to condemn these practices and to stand united against these tactics.

5- We assert that every religious, ethnic, cultural or linguistic heritage is an irreplaceable and an inherent part of the Arab culture, rooted in its history, and contributes to the vibrancy and diversity of the fabric of those communities. We also affirm that each person is vital to the future of these countries as they coexist equally with the same rights and duties to create solidarity between the Muslims and the Christians in the Middle East. Therefore, we call for the preservation of this diversity in the Arabic societies, which has been our legacy for several millennia. Diversity is both a cultural prerogative and an authentic source that reflects the different elements comprising the national identity. We proclaim the imperative need for Christians, Muslims, and other cultural and religious components to become a cohesive unit in Arab societies.

6- Building upon the past experience of Christian-Muslim coexistence, despite all of the disturbances, relapses and imperfect conduct throughout history, we affirm that this very coexistence is one of the main pillars of the Arab civilization, and serves as evidence of the mutually beneficial relationship between Muslims and Christians.

7- We call for all people to honor—without hesitation or reservation—the human rights and freedoms of every people group. We request special attention be given to freedom of belief and freedom of practicing religious rites, because these are prerequisites to protecting freedom diversity and promoting dialogue. We also stress the necessity of adopting the concept of joint citizenship, which embraces diversity and deems it foundational to executing justice and peace within societies. Peace and justice cannot be attained without regard for the rule of law and governing bodies. In addition, the role of religious institutions, in collaboration with other societal institutions, are necessary for developing citizenship by means of defining the qualities of citizenship and spreading positive values.

8- Firmly clinging to hope despite the difficulties we are facing, we must not despair or cease from the work of peace-building, and arriving at an appropriate mutual understanding between the followers of diverse religions. We appeal to all people of faith and good will, striving to build a more cooperative and peaceful world, to adopt these commitments and to work with us jointly toward achieving this goal.”